

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

24 (29.1.1925)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Ruhestunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.- M mit, 90 S ohne Zustellung. Einzel- preis 10 S. Samstags 15 S. — Anzeigen: die einseitige Spaltenzeile 20 S. auswärts 25 S. Reklamen 80 S. Annahmefrist 8 Uhr vormittags.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 431.

Schriftleitung: Georg Schäfflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kober; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. E. & C. in Karlsruhe.

An die Partei! Parteigenossinnen und -Genossen!

Zum Kampf rufen wir Euch!

Trotz des republikanischen Wahlsieges, trotz des Aufstiegs der Sozialdemokratie haben die politischen Falschmünzer der Deutschen Volkspartei im Reiche die Regierung des Rechtsblocks erschaffen. Die Feinde der Republik, die Gegner der Politik der Völkerverständigung, die härtesten Vertreter der sozialen Reaktion beherrschen jetzt die Reichsregierung. Schwerindustrie und Junkertum haben sich vereinigt, um die Verteilung nach ihren Interessen zu regeln. Stillstand der Sozialpolitik, Kampf gegen den Achtstundentag, Teuerung durch Eisenzoll und Brotwucher, Massenbelastung statt Besteuerung — das ist das wahre Programm der Rechtsregierung. Deshalb mußte die Sozialdemokratie unter allen Umständen aus der Regierung ferngehalten werden. Jetzt gehen die Reaktionäre daran, ihr Werk zu vollenden. Sie haben

in Preußen das Ministerium Braun gestürzt

Zum festen Bollwerk der deutschen Republik hat Severina das preussische Innenministerium gemacht. An ihm zerfiel die Antikommunisten- und monarchistische Diktatur des Reiches. In diesem Bollwerk wollten sich die deutschnationalen Eindringlinge und die Volksparteier halten, ihnen die Sturmleiter. Sie haben das Reich, sie haben Bayern, Württemberg, Thüringen, Mecklenburg, Braunschweig. Sie wollen jetzt Preußen.

Ein eiserner Keil soll atemraubend die junge deutsche Republik umschneiden.

Die Reaktionäre wissen was sie wollen. Es gilt, in Preußen den alten Kastenstaat wieder herzustellen,

die alte Junkerherrschaft

wieder aufzurichten. Sie wollen die Herrschaft über die Verwaltung und damit über die Staatsmacht. Keine Arbeiter und Angestellten, keine Republikaner mehr in der Verwaltung! Kein Beamter, kein Richter, der nicht der konservativen Partei angehört! Im Reiche die Verhängungsgewalt der Reaktionäre über Steuern, Zölle, Arbeitslohn und Arbeitszeit — in den Ländern uneingeschränkte Herrschaft über die Verwaltung. Dann ist die Republik ihres politischen und sozialen Inhalts beraubt. Die alte Klassenherrschaft ist wieder da und die erste Etappe auf dem Wege zur Monarchie erreicht.

Parteigenossen! Eins dürft ihr nicht verpassen! Nie würde den Reaktionären der Ansturm im Reich, der Sturz von Braun und Severina in Preußen gelungen ohne die aktive Unterstützung der Kommunisten. Die Macht der Rechten war erschwächt durch die Stimmen der Kommunisten; nur mit ihnen verlor sie über die Mehrheit. Der angebliche Vortrupp des revolutionären Proletariats ist zum wirklichen Vortrupp des Großkapitals und des Großgrundbesitzes, zum Sturmtroop der deutschnationalen und der Volkspartei geworden.

Berlin, den 27. Januar 1925.

worden. Am Schluß der Landtagsitzung, in der Severina fiel, veranstalteten die Kommunisten nach Indischerart ihren Kriegstanz. Völkische und deutschnationale johlten Beifall. Sie wußten warum.

Jede kommunistische Stimme konnte als deutschnationale gezählt werden!

Sähen anstelle der Kommunisten sozialdemokratische Arbeitervertreter, nie hätte die Reaktion diesen Sieg errungen, nie hätte man wagen dürfen, die Ausschaltung der arbeitenden Klassen aus Reichspolitik und Staatsverwaltung als Ziel zu verkünden. Als stempellose Helfershelfer der schlimmsten Arbeiterfeinde, als Wegbereiter der Monarchisten und Nationalisten sind die Kommunisten entlarvt. Vergeßt es nicht und handelt danach!

Parteigenossinnen und Genossen! Fürchtbar ernst ist die Situation. Das Vertrauen, das die von uns unterstützte Außenpolitik des Reichstänalers Marx Deutschland erworben hatte, ist vergebend. Schwere Wollen ballen sich zusammen. Die Wirtschaftsverhandlungen stöden. Die Räumung der Kölner Zone ist hinausgeschoben. Die Freierung von Ruhr und Rhein droht sich zu verzögern. Der dringend notwendige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wird aus Angst vor den Nationalisten unterlassen.

In der Innenpolitik stehen der Arbeiterklasse schwere Kämpfe bevor. In den Vordergrund stellen wir den

Kampf um den Achtstundentag!

Wir fordern die Ratifikation des Abkommens von Washington und ein Arbeitszeitgesetz, das den Achtstundentag wieder herstellt.

Die Neuordnung der Finanzen ist unaufschiebbar. Der fortschreitende Abbau der Besteuerungen durch den Finanzminister Luther kündigte bereits die Absichten des Reichskanzlers an. Um eine gerechte Steuerverteilung werden wir ringen müssen, wenn die Lage der arbeitenden Klassen nicht weitere Verschlechterung erfahren soll. Eine Lösung der Aufwertungsfrage, die den armen Exportvorkriten Hilfe bringt, wollen Landbund und Reichsverband der Industrie, die Geldgeber und Herren Rechtsparteien, verhindern. Die deutschnationalen Wahlversprechungen werden sich bald als demagogischer Volksbetrug entbüllen. Großkapital und Großgrundbesitz rücken zum neuen Beutezug. Eisen- und Getreidezölle sollen den Schwerindustriellen und Junkern Extraprofitte und erhöhte Rente schaffen auf Kosten der arbeitenden Klassen, zum Schaden unserer Fertigung und Exportindustrie und unserer wirtschaftlichen Entwicklung.

Parteigenossen! Die letzten Entscheidungen hängen ab von den Machtverschiebungen im Volke, von dem Willen der Wähler. Wir Sozialdemokraten müssen fester werden, der Aufstieg der letzten Wahlen muß fortgesetzt und beschleunigt werden!

Eine Flut von Verleumdungen und Verdächtigungen

hat schon die letzte Wahl gebracht. Es war vergebens. Eine neue Schlammschlacht wälzt sich jetzt heran. Laßt Euch nicht verwirren! Das Spiel ist durchsichtig genug. Aber Ihr kennt Eure Feinde und je mehr sie verleumden, desto fester werdet Ihr zu Eurer Partei stehen!

Erstarken müssen wir! Wenn wir schwach sind, dann treten sie Euch; wenn wir stark sind, dann beugen sie sich. 26 Prozent der Wähler haben bei den letzten Wahlen für die Sozialdemokratie gestimmt, 9 Prozent für die Kommunisten. Verlorene Stimmen der Arbeiterklasse! Die gilt es wieder zu holen!

Die Selbstenttarnung der Kommunisten

muß jedem Sozialdemokraten Ansporn sein, in Werkstatt und Betrieb zum Mitkämpfer für die Partei zu werden. Am Ringen um die Seele jedes einzelnen Klassenangehörigen muß die Sozialdemokratie die weichen, demokratisierten, kommunistischen Hasen zur Aufzucht bringen. Sie muß die Einheit der Arbeiterbewegung unter ihrem Banner verwirklichen. Doch täuschen wir uns nicht! Hunderttausende, die nach ihrer wirtschaftlichen Lage zu uns gehören, haben in der Zeit der Inflationsnot verweilt und hoffnungslos der Reaktion ihre Stimme gegeben. Auch sie müssen gewonnen werden für das kämpfende Heer der Sozialdemokratie! Das erfordert, daß jeder, der den Kampf um die Republik, den Kampf um den Achtstundentag, den Kampf um unsere großen Ziele wirklich führen will, als zuverlässiger Mitkämpfer in unsere Organisation eintritt und Leser der sozialdemokratischen Zeitung wird. Lebt vom Genuß! Das Großkapital hat seine Inflationsgewinne nicht zuletzt dazu benutzt, die Presse sich bemühen zu machen. Wollt Ihr den Kampf freier führen, dann müßt Ihr dafür sorgen, daß der Presse des Großkapitals und des Landbundes

Die sozialdemokratische Presse als ebenbürtige Macht

gegenübersteht. Deshalb mit aller Kraft an die Arbeit zur Stärkung der Organisation, zur Stärkung unserer Presse!

Parteigenossen und -Genossinnen! Schwere Gefahren drohen der Republik, den politischen Rechten und den sozialen Ertragsgewinnen der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Aber noch hat die Reaktion ihre Stellung nicht befestigt, hat sie die Staatsmacht nicht sicher in Händen. Wir dürfen ihr nicht Zeit zur Sammlung und Festigung geben! Die Sozialdemokratie hat gegen die Rechtsregierung den härtesten Kampf aufgenommen. Sie wird ihn zu führen wissen. Aber die letzte Entscheidung liegt bei Euch, den republikanischen Massen, der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

An Euch ergeht unser Kampfaufruf! In die politische, an die organisatorische Arbeit!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Um die Wiederherstellung des 8-Stundentages

Eine energische Entschlieung des A.D.G.A.

Berlin, 28. Jan. Auf der 15. Tagung des Bundesauschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde eine Entschlieung zur Arbeitszeitfrage angenommen, in welcher der Bundesauschuss sein Betremden darüber ausspricht, daß die Reichsregierung trotz ihres Beschlusses vom 2. August 1924 das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag noch nicht ratifizierte. Diese Unterlassung wie auch die verspätete und langsame Durchführung des § 7 der noch geltenden Arbeitszeitverordnung sehen erkennen, daß der Reichsregierung der erste Wille fehle, den gesetzlichen Achtstundentag wieder herzustellen. Der Bundesauschuss erhebt Protest gegen diese Verschleppung, die sowohl für die deutschen Arbeiter wie für das Ansehen Deutschlands in der Auslandswelt unerträglich sei. Der Bundesvorstand wird beauftragt, Vorbereitungen für die Herbeiführung eines Volksentscheidendes zu treffen, damit auf diesem Wege die Reichsregierung zur Wiederherstellung des Gesetzes über den Achtstundentag gezwungen werde.

Siegerländer Kommunistenprozess

Leipzig, 28. Jan. In dem Prozeß gegen die Siegerländer Kommunisten wurde vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts das Urteil verkündet. Der Hauptangeklagte Künast erhielt 4 Jahre Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Schramm 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe, der Angeklagte Krüger 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, 600 Mark Geldstrafe.

strafe, der Angeklagte Becker 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 500 Mark Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Jahren und entsprechende Geldstrafen. Gegen Künast ist außerdem auf Ausweisung aus dem Reichsbereich erkannt worden. Die Verurteilung erfolgte wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik in Vereinheit mit Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, bei einigen Angeklagten in Vereinheit mit Verbrechen gegen das Ehrenhaftigkeitsgesetz, sowie wegen Diebstahls.

Ableben eines chinesischen Staatsmannes

Der Präsident der südchinesischen Republik Dr. Sunjatsien ist am Leberkrebs gestorben. Die Operation hat die hoffnungslos schwere Krankheit nicht beseitigen können. Mit ihm ist einer der fähigsten Staatsmänner des modernen China und der zahllose Vorläufer für die wirtschaftliche und verkehrstechnische Aufschlieung des chinesischen Reiches und seiner Bodenschätze aus dem Leben geschieden. Sunjatsien hatte u. a. als erster ein vollkommenes System chinesischer Verkehrsanlagen durch Hafenbauten, Schiffahrtskanäle, Stromregulierungen und Eisenbahnen für das ganze chinesische Reich entworfen.

Deutschlands Wille, an der Sicherheit Frankreichs mitzuarbeiten

Sowohl der Londoner „Daily Express“ wie der Pariser „Matin“ beschäftigen sich mit dem Gerücht einer deutschen Aktion zur endgültigen Lösung der Frage der Sicherheit Frankreichs. Das letztgenannte Blatt weiß sogar zu melden, daß die Ueberreichung einer diesbezüglichen Note zu erwarten sei.

Die Mitteilungen werden von den Berliner Blättern als unzutreffend bezeichnet. Die Reichsregierung sei sich wohl ganz genau über die Bedeutung, die die Lösung der Sicherheit Frankreichs für die Entwicklung der europäischen Politik besitzt. Dem Gedanken, Sicherheitsgarantien für den Frieden zu schaffen, stehe sie nicht nur sympathisch gegenüber, sondern habe auch ihrerseits sehr reale Interessen an seiner Verwirklichung. Das Sicherheitsproblem greift jedoch in alle schwebenden Fragen so tief ein, daß es augenblicklich nicht möglich sein dürfte, in einer kurzen Formel die beste Lösung des Problems zu finden. Die Reichsregierung sei aber entschlossen, an der Lösung des Problems positiv mitzuarbeiten.

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich

Die französische Antwort auf die Anfragen, die die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen in Paris am Freitag gestellt hatte, wird von den Berliner Blättern als sehr unbefriedigend bezeichnet. Die französischen Angebotsentwürfe seien so minimal, daß es der deutschen Wirtschaft unmöglich erscheine, sie anzunehmen. Der französische Handelsminister habe für das vorgeschlagene Provisorium Listen aufgestellt, auf Grund deren nur für solche Waren der französische Minimalzolltarif Anwendung finden solle, die für eine Ausfuhr nach Frankreich kaum in Frage kommen, während diejenigen Waren, an deren Ausfuhr die deutsche Wirtschaft interessiert sei, unter den erhöhten Zertarifen fielen. Wie die Blätter bemerken, wird eine Entscheidung über die französischen Vorschläge erst nach der Beendigung des Staatssekretärs Feindelenburg an das Reichsministerium zu erwarten sein.

Herriot verteidigt seine Außenpolitik
Bedenklche Anspielungen auf das linke Rheinufer —
Der Rhein soll für immer die Sicherheit Frankreichs
garantieren

Paris, 20. Jan. Die Kammer legte heute die Beratung des
Budgets für auswärtige Angelegenheiten in Anwesenheit des
Ministerpräsidenten Herriot fort. Der Abgeordnete und ehe-
malige Vorsitzende der Repts, Dubois, erklärte in einer Be-
sprechung der interalliierten Schuldenfrage, daß Frankreich seine
Schulden in keiner Weise ablehne, sondern nur eine unterschied-
liche Behandlung gemacht wissen wolle; in Handelsschulden und
in politischen Schulden bei Amerika. Daraus beschränkte er sich
mit den Versuchen des Dawes-Planes und erklärte, daß, selbst
wenn Deutschland die Ausführung dieses Planes nur etwa 1,5 Milliarden Goldmark erhalten würde. Wenn
Deutschland an Frankreich das bezahlt habe, was es schulde,
werde Frankreich auch seinerseits seine Pflicht tun und seine
Schulden in weitestem Maße betriebligen. Dubois suchte ferner
darzutun, daß Frankreich so gut wie nichts an Reparationen
erhalten habe, habe es selbst an Deutschland auf Grund des Spaer-Abkommens 232 Millionen Goldmark voraus-
gezahlt, also mehr, als es selbst erhalten habe.

Herriot verteidigte die von der Regierung eingeleiteten
Angehörigen der Verschiedenen Regierungen, die in Frankreich auf
einander gefolgt sind, waren gezwungen, die Rechte Frankreichs
einzuschränken. Als ich zur Regierung kam, habe ich alles mög-
liche getan, um das zu retten, was von diesen Rechten noch übrig
geblieben ist. Ich habe aber in August vorigen Jahres, als ich
in die letzte Periode der Londoner Verhandlungen eintrete, fast
keinen Trumpf mehr in der Hand, um die entstandenen Schwierig-
keiten zu beseitigen. Sie lobten immer nur die Ruhrbesetzung;
genau, ich erkenne an, daß unsere Soldaten und Ingenieure
trotz der Schwierigkeiten, die man ihnen bereite, ihre Pflicht
gesehen haben. Aber es ist leicht zu beweisen, daß die Ruhr-
besetzung uns weniger eingebracht hat, als die Sozialisierungen,
die zu unserer Verfügung gewesen waren und die entgegenzu-
nehmen wir uns geweigert haben. Man kann die Ruhrbesetzung
vom Reparations- und vom Sicherheitsstandpunkt aus betrach-
ten. Was den ersteren anbetrifft, so frage ich Sie, wie man
ohne Einschränkung und ohne Hintergedanken den Dawesplan
hätte annehmen und zu gleicher Zeit die Ruhrbesetzung fort-
führen können. Meine Regierung hat eine schwere Entscheidung
angeregt; deshalb muß ich für allemal mit der Legende ge-
brochen werden, daß die Ruhrbesetzung außer den Reparationen
auch noch die Regelung der interalliierten Schuldenfrage hätte
eintragen können. Was die Frage der Sicherheit anbetrifft, so
erkläre ich, daß die Frage der Sicherheit nicht gewährt werden
kann. Die Frage der Sicherheit liegt für Frankreich auf dem
linken Rheinufer, was ich heute nachmittag in meiner
Rede bemerken werde. — Die Sitzung wurde hierauf auf heute
nachmittag vertagt.

In der Nachmittagsitzung der Kammer wurde die General-
debatte über das Budget des Ministeriums für auswärtige An-
gelegenheiten fortgesetzt. Zunächst ergriß Herriot das Wort.
Er erklärte u. a.: Wir haben uns in Frankreich bemüht, solide
Grundlagen für den Weltfrieden zu schaffen. Dieser Idealismus
hatte in Genuß den Sieg davongetragen. Wir haben in Genuß
dargelegt, daß Gerechtigkeit ohne Macht unmöglich ist und daß
die Macht ohne Gerechtigkeit für Tyrannet führt. Im Proto-
koll von Genf sind die Grundzüge niedergelegt, von denen sich
Frankreich leiten läßt. Auch Sanktionen sind möglich, voraus-
gesetzt, daß sie nicht gegen den Geist der gesamten Friedens-
politik verstößen. Damit ist bewiesen, daß das Protokoll von
Genf die alten Rechte Frankreichs in keiner Weise schmälert.
Frankreich hat den Weltfrieden unterzeichnet; es erwartet nun
mehr die Unterzeichnung der anderen Großmächte.

Der Abgeordnete Briand unterbrach mit der Erklärung, er
habe das Protokoll unterzeichnet und er glaube, daß das eine
Tat sei, der man die größte Bedeutung beimesse dürfe. Die in
Genf geschaffene Internationale der Nationen könne der Welt
den Frieden geben. Herriot sprach auch von dem ehemaligen deutschen Kaiser.
Es sei unmoralisch, daß der, den den Krieg entsetzt und genährt
habe, jetzt ein behagliches Leben führt. Wenn man die kleinen
opfer und die Großen nicht bestrafe, beruhige man die Völker
nicht, und die Unmoral würde dadurch ermöglicht. Deshalb
müsse er den Feinden Frankreichs zurufen: Nehmt Euch in
acht! Zum Schluß seiner Rede sagte Herriot: Ich habe mit
tiefer und innerer Ueberzeugung gesprochen und ohne Leidenschaft
und Haß. Frankreich leant seinen Haß. Meine Politik
ist darauf gerichtet, dem Wiederaufbau Europas zu dienen und
mein schärfster Wunsch ist, daß eines Tages die Vereinigten
Staaten von Europa gegründet werden. Möge dies durch den
Völkerbund geschehen, aber es darf nicht sein, daß auf der einen
Seite eine großmächtige Demokratie steht, die leicht verzagt, und
auf der anderen Seite eine Demokratie, die ihre Pflicht nicht
erfüllt. Ich will den Frieden Europas und der Welt, aber ich
fordere zunächst die Sicherheit meines Landes.

Nach dem Bericht der Agentur Sosaas fächelten sämtliche
Kammernitglieder außer den Kommunisten starken Beifall.

Verleumdungsprozeß Auer
Ein bayerischer Fall Gert

München, 27. Jan. (Sig. Bericht.) Am Montag vormittag
begrann vor dem Amtsgericht München der Verleumdungsprozeß des
Genossen Auer gegen Winter, Kämpfer und Lanzmeier, über
dessen Inhalt wir bereits in einem Bormort berichteten. (Siehe
die vorgelegte Nummer unseres Blattes.) Der Vorigende verlas zunächst die infrimierende Flug-
schrift Winters im Wortlaut. Daraus erklärte Winter in fur-
zen Ausführungen, daß sein Ausschluß aus der Sozialdemo-
kratischen Partei auf Grund dieser Flugschrift als zu Unrecht
erfolgt sei, da die sozialdemokratische Parteileitung in München
bei der Unterlegung gegen das Verhalten Aurers gar nicht ernst
vorgegangen sei. Bis zum Beweise des Gegenteils könne er von
dem Inhalt der Flugchrift nichts zurücknehmen. Kämpfer er-
klärte, daß er auf das energischste die Verbreitung der Flugchrift
bekämpft habe und daß ihm in dieser Tätigkeit leider die Polizei
zu Hilfe gekommen sei. Die Vorwürfe gegen Auer fassete er zu-
ammen: Auer habe sich in der Klasse während des Krieges
durch Kontributionsgelder bei der französischen Bevölkerung be-
reichert und sei auf diese merkwürdige Art plötzlich zu Geld ge-
kommen. Innerhalb der Partei arbeite er lieber mit Weichheit
und Verschämung von Rollen. Rechtsanwalt Ricknecht wies
darauf hin, daß Aurers Verbrechen im großen und ganzen das-
selbe sei wie das Gertens, indem er sich in die Leitung des Mun-
itionsarbeiterstreiks hineinmische zu dem alleinigen Zweck, diesen
Streik abzuwürgen. Genosse Auer machte dann eingehende Aus-
führungen über seinen Lebenslauf. Alle die Behauptungen über
seinen Wohlstand, über die Kontributionsgelder und das Kaufen
von Funktionären innerhalb der Partei gehörten ins Reich der
Phantasie. Sie seien lediglich erfunden, um ihn unmdglich zu
machen. Zuletzt fragte nach der Vorlesung den Genossen Auer,
ob er irgendwelche Beziehungen zu Auro gehabt habe oder noch
habe, worauf Auer erwiderte: „Ausgeschlossen!“ Nach dieser
Erklärung der Parteien wurde die Verhandlung auf Dien-
stag vertagt, da inzwischen noch auswärtige Zeugen zu vernehmen
sind.

Vor der Zeugenvernehmung erklärte der Rechtsbeistand der
Angeklagten, daß die Behauptung unwahrhaftig sei, als ob es sich bei
dem Vorgehen seines Mandanten um eine Aktion im Interesse
der Partei handle. Daraus verlas der Rechtsbeistand Aurers
ein Brief vom 8. Januar des Rechtsanwalts Schmidtberger
in Wien, aus dem hier hervorgeht, daß die Vorbereitungen
des Projektes unter Mitwirkung der kommunistischen Fraktion des
Bayerischen Landtages getroffen wurden. Nachdem Winter und
Kämpfer es abgelehnt hatten, die von der Klägerseite gemächte
Aussklärung über ihre Vergangenheit zu geben, wurde in die Ver-
nehmung der Zeugen selbst eingetreten. Bis jetzt sind insgesamt
51 Zeugen geladen, darunter der Vorsitzende des Sozialdemo-
kratischen Vereins München, ferner eine Reihe von Partei- und
Gewerkschaftsfunktionären, der Chefredakteur des Reichsaft

„Bayerischen Kurier“, Professor Oberst, der Redakteur des
„Miesbacher Anzeiger“, Wegner, der Räder Eisners Graf Auro
und eine Reihe sozialdemokratischer und kommunistischer Reichs-
tags- und Landtagsabgeordneter.

Das erste Verhör galt dem Parteivorstehenden Genossen
Winter. Er gab zunächst Auskunft über unheimliche Einzel-
heiten innerhalb der Münchener Parteiorganisation aus der Zeit
des Augsburger Parteitag, als bereits bekannt war, daß Win-
ter und Kämpfer Material gegen den Genossen Auer sammelten.
Das damals von Winter vorgelegte Material wurde ordnungs-
gemäß von den Parteinstanzen und zuletzt von der General-
versammlung geprüft, wobei letztere mit allen gegen drei Stim-
men unter Beibehaltung einer ausführlichen Verständigung erklärte,
daß die gegen Auer erhobenen Vorwürfe haltlos seien.

Es folgte die Vernehmung des Zeugen Dichtl, Sekretär des
Sozialdemokratischen Vereins München. Auf die Frage, ob er
wisse, daß Auer an Parteifunktionäre Geld gegeben habe, erklärte
der Zeuge, wenn Leute, mit den Parteifunktionäre, in Auro ge-
kommen waren, sind sie zu Auer gegangen. Der Auer an Par-
teifunktionäre Geld gegeben hat, um sie geeignet zu machen, ist
ausgeschlossen.

Der nächste Zeuge, Landtagsabgeordneter und Redakteur der
„Münchener Post“, Dill, wies nichts davon, daß Auer den frühe-
ren Chefredakteur der „Münchener Post“ Lanzmeier von diesem
Posten verdrängt habe. Lanzmeier habe ihm gegenüber auch
niemals einen darauf bezüglichen Vorwurf gemacht. Auf die
Frage, ob die Redakteure der „Münchener Post“ erkläre waren,
daß Auer Chefredakteur wurde, sagte der Zeuge: „Eine Pres-
sekommission wurde beauftragt, Auer als Chefredakteur anzukleinen
und der Redaktion davon Mitteilung zu machen. Darauf haben
die Redakteure der „Münchener Post“ die Erklärung abgegeben,
sie hätten gewünscht, daß man bei einer Neuanstellung von Red-
akteuren vorher mit ihnen Rücksprache nehme. Inwendige
Erklärung, daß die Redaktion es ablehne, daß dieser oder jener
als Redakteur angeheißelt werde, war damit nicht verbunden.“

H. A. Brandmeier (zum Zeugen): „Nehmen Sie auf Grund
irgendeiner Erfahrung mit Auer zu der Anschauung, daß seine
grundständige Anschauung mit der der Sozialdemokratie nicht
übereinstimmt? — Zeuge Dill: „Wenn das bei einem von uns
der Fall gewesen wäre, dann hätte er unbedingt die Konsequenzen
ziehen müssen.“ — Die Verhandlung dauert fort.

Stahlhelm und Republik

Genosse Haber hat im Reichstag folgende Kleine Anfrage
eingebracht:

I. In Nr. 30 der „Magdeburgerischen Zeitung“ vom 17. Jan.
1925 findet sich folgende Notiz:
„Der Stahlhelm teilt uns mit, daß die als Ehrenpreise beim
Fronksoldatentage anwesenden verabschiedeten Offiziere durch
den Reichshauptkriegsakademie in Weimars die Weimarsche
der Luftwehr erhalten haben und daß Reichswehrangehörige am
Fronksoldatentage teilnehmen dürfen.“

II. Der Bundestag des Stahlhelms, der vom 16. bis 19. Jan.
einschließlich in Magdeburg abgehalten worden ist, war weder
eine vaterländische Gedächtnisfeier, noch ein Weimarsches
Treffen der Uniform und die Teilnahme der Reichswehr gestellt
werden kann. Vielmehr war er eine antirepublikanische Kund-
gebung, wie aus dem ersten Satz einer einstimmig angenom-
menen Entschließung hervorgeht:
„Die deutschen Frontsoldaten haben mit Entschiedenheit wahr-
genommen, in welcher gewissenlos Weise die sozialdemokratische
und demokratische Presse in das jähmische Gerichtsverfahren
wegen Landesverrats des Reichspräsidenten Ebert eingegriffen
versucht haben.“

III. Diese Entschließung macht beunruhigt und in voller Absicht
aus dem Munde der Angeklagten, um den höchsten Beamten der
Republik und damit die geschickte Staatsform herabzuwürdigen.
Dadurch ist unterstrichen, daß der Stahlhelm keine überpartei-
liche Organisation, sondern eine monarchistische Verbindung ist, die
offene politische Propaganda treibt, wie der Bundestagsbeschluss
in der in einer seiner Reden an jenen Tagen mit den Worten
betonte: „Wir wollen aber auch, daß in die Regierung Männer
unserer Art und unseres Denkens gewählt werden.“ („Magde-
burgerische Zeitung“ Nr. 32.)

IV. Mit irgendeiner vaterländischen Umgebung hätte der
Stahlhelmtag nichts zu tun. Insbesondere nicht mit der Reichs-
gründungsfeier am 18. Januar. Diese ist in Magdeburg von
den Deutschenationalen abgehalten worden, gesondert und mit
eigenen Rednern. Der Stahlhelm hat sich darum nicht ge-
kümmert.

V. Wir fragen, ob die Reichsregierung bereit ist, den Wehr-
kreiskommandeur für Sachsen und Thüringen in die Grenzen
seiner Befugnisse zurückzuweisen, und was sie zu tun gedenkt, um
ähnliche Uebergriffe dieses oder anderer Wehrkreiskommandeure
für die Zukunft unmöglich zu machen?

Die Zustände bei der Reichsbahn

Korruptionsprämiert für höhere Beamte — Niedriger
Lohn für Arbeiter und untere Beamte

Die ablehnende Haltung der Deutschen Reichsbahn-Gesell-
schaft gegenüber jedem Hinweis der Organisations auf die
dringende notwendige Lohnverhöhung hat in den Kreisen der
Eisenbahner Beunruhigung und Erbitterung hervorgerufen. Der
Generaldirektor der Reichsbahn hat zu berichten gegeben, daß
eine Lohnverhöhung angelehnt der Finanzlage unmöglich sei; eine
Lohnverhöhung zwingt zu einer Veranschlagung der Löhne um 10
Prozent. Diese Erklärung hat jedoch ihren Zweck verfehlt. Es
hat 3. B. der Deutsche Eisenbahnerverband bereits beschloffen,
in einer am 30. Januar stattfindenden Konferenz des Vorstands
und der Bezirksleiter zu der Lohn- und Arbeitsfrage Stellung
zu nehmen.

Die Lage ist ernst, zumal die Reichsbahn-Gesellschaft mit
den Grattifikationszahlungen und Leistungszulagen die Selbst-
überhöhung der Eisenbahner auf eine schwere Probe gestellt hat.
Weihnachten sollen an die leitenden Beamten Gratifikationen in
Höhe von 6000 M. und mehr ausbezahlt worden sein. Es berührt
sehr eigenartig, daß bis zur Stunde noch keine genauen Ziffern
über die Höhe der Gratifikationen bekannt gegeben wurden.
Genosse weiß niemand, nach welchen Grundsätzen die Verteilung
der sogenannten Leistungszulage, die für das Jahr 1925 rund
30 Millionen beträgt, eigentlich vorgenommen wird. Wenn die
Reichsbahn Zulagen geben will, dann sollte sie statt einer Kor-
ruptionszulage — nichts anderes ist die Leistungszulage in ihrer
jetzigen Form — eine wirkliche Gehaltserhöhung oder noch besser
eine ordentliche Lohnverhöhung zahlen.

Die Klagen der Reichsbahn, sie habe kein Geld für eine
Lohnverhöhung, wirken nicht überzeugend. Klarheit über die
Finanzlage der Reichsbahn ist dringend nötig, zumal ja auch das
Reichsfinanzministerium keine Gehaltserhöhung der Beamten
erzielen kann, wenn es den Einpruch der Reichsbahn befürchtet.
Nicht der Reichstag, nicht das Reichsfinanzministerium, son-
dern die Reichsbahn hat die Befehlsgewalt und Lohnregelung
in der Hand. Im Verhandlungsgang der Reichsbahn haben aber
gewisse Herren aus der Arbeiter- und Eisenbahnerbewegung
Eisenbahner Konventionen für die Insubordination der Reichsbahn
herausgeholt. Die Deffenfheit muß einmal auf diese Zusammenhänge
mit Nachdruck hingewiesen werden. Die Reichsbahn hat vor
der Übernahme der Regie pro Monat etwa 30 bis 40 Millionen

erübrigt. Die verkehrsreichsten Gebiete sind nun wieder in den Bereich der Reichsbahn einbezogen. Mit der Übernahme der Regiebahnen sind gewiss eine Menge Kosten verbunden, und man braucht nicht zu glauben, daß die Reichsbahn in Geld schwimmt. Aber so schlecht ist die Lage der Reichsbahn auch nicht, daß sie sich gegen jede Lohnerhöhung sträuben müßte.

Wie in der Lohnfrage, so zeigt der Verwaltungsrat auch in der Arbeitsfrage wenig soziales Verständnis. Schon längst hätten die Dienstvorschriften reformiert werden können. Ebenso hätte z. B. in den Werkstätten eine Verkürzung der Arbeitszeit um mindestens eine halbe Stunde auf 8 1/2 Stunden eintreten können. Gegen eine solche Verkürzung sind von den technischen Sachverständigen neuntenserte Einwände nicht erhoben worden.

Die Eisenbahn tun gut daran, fröhlich mobil zu machen. Sie dürfen, wenn sie durch Erfahrungen gelehrt sind, nicht erst warten, bis die Bürgerblockparteien des Reichstages daran gehen, über die Einstellung ihrer Bahnerwerbungen zu — reden.

Staat, akademische Jugend und politische Erziehung

Ein großer Teil der deutschen akademischen Jugend läßt sich von den trivialsten politischen Geschäftsmännern wie auch von den blödesten Phrasenrednern einfassen. Man darf ruhig sagen, daß ein großer Teil der akademischen deutschen Jugend in eine politische Verwahrlosung und Verlotterung hineingerührt worden ist, die auch vom Standpunkt des Staatsgedankens aus zu den schwersten Verlogenheiten Veranlassung gibt. Es ist bemerkenswert, daß selbst die „Nationalliberalen Korrespondenz“ die folgende Klage ausspricht:

„Der die politische Betätigung und die politische Einstellung der akademischen Jugend der Nachkriegszeit beobachtet hat, muß von erster Sorge für die Zukunft von Staat und Hochschule erfüllt sein. Mit der Phrasen-Jugend ist eben radikal, ist nichts gesagt. Die Jugend, insbesondere die akademische Jugend, hat nicht das Recht, extrem sich einzustellen, sondern die Pflicht, in der Politik auf den akademischen Wegen der Fortschritt nachzugehen, nach der Wahrheit zu ringen. Nicht Kommerz und Verlogenheit sind das Forum, auf dem der Geisteskampf um die politische Meinung ausgefochten wird, sondern die stille Klausur, in der man den Geist der Vergangenheit und das Wesen großer Führer zu sich sprechen läßt und die Helle der Diskussionen, da man das geistig Erworbene auf seine Festigkeit prüft. Im Punkte politischer Erziehung ist in den letzten Jahren mit unierer national eingestellten akademischen Jugend Schlußfolgerungen gezogen worden. Es begann das große Verwerben um Arm und Seele des jungen Akademikers von Seiten, die früher den Einflüssen freimütigen mit dem geschmackvollen Namen „Bismarck“ zu bezeichnen pflegten. Militärische Gelehrte und große Heerführer haben sich nicht als politische Erzieher unserer akademischen Jugend bewährt.“

Aus dem Freistaat Baden

Disziplinarverfahren gegen Universitätsprofessor Marschall v. Bieberstein

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Nachdem durch Berichte der Tagespresse, durch Hörensagen und durch ein Schreiben des akademischen Senats an die Unterrichtsverwaltung öffentlich geworden war, daß die Festrede des ordentlichen Professors Freiherrn Marschall v. Bieberstein bei der Reichsgärtnerungsfeier der Universität Freiburg schwere Ausfälle gegen den heutigen Staat und einzelne seiner Repräsentanten enthalten hatte, hat das Unterrichtsministerium von dem Rektor des Manuskript eingeholt. Professor Freiherr von Marschall hat es abgelehnt, dieser Forderung nachzukommen. Hierauf ist gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Badisches Gesetz für Beamtenfiedlung?

Das Heimstättenamt der deutschen Beamtenenschaft hat gemeinsam mit dem Badischen Baubund G. m. b. H. in Karlsruhe und den Spitzenorganisationen der Badischen Beamten und Lehrer eine dringende Eingabe an den Badischen Landtag gerichtet, in der sofortige Maßnahmen zur Schaffung eines badischen Gesetzes für Beamtenfiedlung im Sinne der Beamtenfiedlungs-Vorordnung des Reiches verlangt werden. Mit letzterer hat man im Reich so gute Erfahrungen gemacht — über 2000 Heimstätten wurden auf ihrer Grundlage in den letzten 6 Monaten finanziert —, daß deren Übertragung auf Baden für die badischen Staatsbeamten und Lehrer eine dringende Forderung ist. Hier ist ein Weg sozialer Hilfe gezeigt, der nicht nur den beteiligten Beamten zugute kommt, sondern durch seinen Einfluß auf den allgemeinen Wohnungsmarkt zur Vinderung der Wohnungsnot beiträgt und so der Gesamtheit des Volkes Segen bringt.

Deutschvolksparteiliche Affäre gegen das Ministerium des Innern

Mit der von uns gestern kritisierten Vieltragerei im Badischen Landtag und den wahren Ursachen dieser „Luzifer-Fragen“ beschäftigt sich in ihrer gestrigen Nummer unter obiger Überschrift auch die „Kampfbanner“. Unser Parteiblatt schreibt:

Die Strejkmänner sind jetzt überall am Werk, um durch Regierungskritiken und verächtliche Ministeritzereien der rechten die politische Macht in die Hände zu spielen. Das fünf Mann starke Gremium der Deutschen Volkspartei im Badischen Landtag macht davon keine Ausnahme. Unter den uns aus Karlsruhe regelmäßig eingehenden Drucksachen unseres heimischen Parlamentes finden wir zwei Anfragen der deutsch-volksparteilichen Landtagsfraktion, die zwar in das unschuldvolle Kleid des Beamtenchupes gekleidet sind, in Wirklichkeit aber scharfe polemische Spitzeln gegen das Ministerium des Innern bezogen. Gegen den sozialdemokratischen Minister Kemmle enthalten die beiden die Welle und kennen den Text, und wissen sehr wohl, auf was es den badischen Strejkmännern ankommt! Man will das badische Innenministerium indirekt der Parteilichkeit gegen zwei bekannte deutschvolksparteiliche Beamte, den Ober-Regierungsrat Bauer im Hauptverwaltungsamt und den Leiter des Karlsruhe Besirksamts, Landrat Schaible, bezichtigen und dadurch den politischen Kredit des Ministers Kemmle schmälern. Würde dies gelingen, dann verdrängte man in den höchsten Sphären zu wandeln und auf Anschuldigung der Sozialdemokratie in der badischen Regierung zu drängen. Dabei in letzter Folge zwei formidale Anfragen wegen der beiden obengenannten Beamten.

Was liegt ihnen zugrunde? Die „Neue Badische Landeszeitung“ hatte in einer kleinen Notiz am 15. d. M. kritisiert, daß

Der neueste Raubzug der Ruhrindustriellen

Das Reich soll um Hunderte von Millionen geschöpft werden — Die Ruhrindustriellen lassen sich den Ruhrkampf vom Reich bezahlen — Angestellte und Arbeiter als Opfer des Ruhrkampfes erhalten nichts oder Bettelpennige — Das Budgetrecht des Reichstages soll in schwerster Weise verletzt werden

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erhebt scharfen Protest

Die deutsche Großindustrie hat neben dem Großgrundbesitz in der Hauptsache den Wahlkampf der Rechtsparteien finanziert. Die deutsche Großindustrie und ihre Kreise, wie auch die von ihr abhängigen Beauftragten in den Parlamenten sind die Macher der Bürgerblockregierung im Reich; sie haben auch die Krise in Preußen mit verursacht. Herr Dr. Strejkmann, der ehemalige Syndikus sächsischer Industrieller, ist ihr eifriger Sachwalter. Die ökonomische und politische Knebelung der Arbeiterklasse, der Angestellten und der Masse der unteren und mittleren Beamten ist eines der Ziele, das die Parteien des Rechtsblocks und das hinter ihr stehende Großkapital erreichen wollen. Durch wunderliche Preisgestaltung wird das deutsche Volk ausgeplündert — zu dieser Ausplünderung soll sich auch noch die des Reiches getellen. Die Industriellen im Ruhrgebiet und Rheinland, denen der Ruhrkampf ungeheure Gewinne gebracht hat, wollen sich abermals vom Reich weitere Hunderte von Millionen zuwandern lassen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat am 27. Januar folgenden Brief an den Reichskanzler Dr. Luther gerichtet:

Die Vertagung des Reichstages hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gebietet, in öffentlicher Reichstags-Sitzung die Frage der Entschädigung der rheinisch-westfälischen Großindustriellen aus Anlaß des Ruhrkampfes zur Sprache zu bringen. Wir gestatten uns deshalb, Ihnen, Herr Reichskanzler, auf diesem Wege folgendes zu unterbreiten:

Nach Pressemeldungen ist vor einigen Tagen zwischen den zuständigen Reichsstellen und dem Ruhrverband ein Abkommen über den Ertrag der Schäden geschlossen worden, das dem Vergeblich während des Ruhrkampfes entstanden sind. Das Reich erkennt darin seine Entschädigungspflicht an und habe sich zur Zahlung einer entsprechenden Entschädigungssumme bereit erklärt. Die Verteilung der Entschädigungssummen des Reiches, auf die bereits höhere Abschlagszahlungen erfolgt sind, geschieht durch die Ruhrkohle-A.G. Die endgültige Verrechnung sei noch nicht vorgenommen worden. Auch der Zeitpunkt dafür ist noch nicht fest. Die Entschädigungsansprüche der Eisen- und Stahlindustrie sollen ähnlich geregelt werden.

Ferner ist durch die Bekanntmachung über Ruhrschäden vom 10. Dezember 1924, die anscheinend die formelle Grundlage für das vorerwähnte Abkommen darstellt, eine außerordentlich weitreichende Ausdehnung der Entschädigungspflicht des Reiches vorgenommen worden. Die Entschädigungspflicht, die bisher nur bis zum 31. Oktober 1923 bestand, ist auf alle Schäden ausgedehnt worden, die bis zum 15. November 1924 entstanden sind. Des weiteren werden künftig 5000 M. voll entschädigt (bisher 2500 M.), höhere Beträge mit 75 Proz. (statt bisher 25 Proz.). Außerdem ist die bisherige Höchstgrenze von 50 000 M. aufgehoben worden.

Diese Mitteilungen haben in der Öffentlichkeit eine große Beunruhigung hervorgerufen. Sie ist entstanden aus der Erwägung:

1. daß es sich bei dieser Maßnahme um den gewaltigen Betrag von mehreren hundert Millionen Goldmark handelt. Die Preile besitzt den Anspruch der rheinisch-westfälischen Großindustriellen allein auf 600 Millionen Goldmark,
2. daß Entschädigungsansprüche gestellt werden nicht nur für den tatsächlich erlittenen Schaden, sondern auch für entgangene Gewinne,
3. daß den Entschädigungsansprüchen Breite zugrundelegen, die mit Rücksicht auf die Tragung der Weimarerlasten durch die Industrie weit über den Produktionskosten festgesetzt waren,
4. daß die Zahlungen erfolgt ohne gründliche und einwandfreie Nachprüfung der Schäden, sobald ein neuer Typus von „Ruhrgeinnulern“ geschaffen wird,

der Oberleutnant a. D. Bauer sich für die Reichsgründungsfeier der vaterländischen Verbände, welche eine Konturreisefest zu der von der badischen Regierung einberufenen Veranstaltung war, als Redner zur Verfügung gestellt hatte. Diese kurze Mitteilung gab die Presseabteilung, soweit wir unterrichtet sind, seitlos an das Hauptverwaltungsamt weiter, wo sie ähnliche Stellen wohl allen Ministerien und auch Reichsbehörden, wie Reichsbahn, Landesfinanzamt usw. ständig übermitteln. Dem Hauptverwaltungsamt hat sie ebenfalls bisher alle das Spruchverfahren und seine sonstige Tätigkeit betreffenden Zeitungsausschnitte zugeleitet. Bauer war bei der Dezemberwahl zweiter Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei und deshalb muß ihn die letztere schätzen; sie steht in der Heberzeugung der Rolle der „Neuen Bad. Landeszeitg.“ eine Art Demagogie Bauers bei seiner vorgelegten Behörde und fragt nun in hochtrabenden Worten den badischen Innenminister, wie er diese Kontrolle eines Beamten mit dem verfassungsmäßig verbürgten Recht der unbehinderten Ausübung der staatsbürgerlichen Tätigkeit der Beamten in Übereinstimmung bringen wolle.

Es ist rührend, wie die Deutsche Volkspartei auf einmal um die politischen Rechte der badischen Beamten besorgt ist! Man weiß doch aus der Geschichte der badischen Nationalliberalen, daß sie in der Zeit ihrer schrankenlosen Herrschaft in Baden keinen Beamten im Staatsdienst erobert haben, der sich politisch zum Zentrum oder zur Sozialdemokratie bekannte. Der von der Deutschen Republik (das Hauptverwaltungsamt) ist eine Reichsbehörde bezahlte Oberregierungsrat Bauer tritt in einer Konturreisefest-Berufung der badischen Regierung auf, kein Mensch trümmert ihm ein Haar, nur die festsitzende Presse weiß kurz auf diese seltsame Tatsache hin; aber in der Heberzeugung eines solchen Zeitungsausschnittes an das Hauptverwaltungsamt steht die deutschvolksparteiliche Landtagsfraktion bereits eine Vereinstückung der Beamtenreihen des ehemaligen Oberleutnants. Das ist doch harter Tabak! Nun, Genosse Kemmle wird wahrheitsgemäß den volksparteilichen Herren im Landtag die verdiente deutsche Antwort nicht schuldig bleiben!

Nicht besser sieht es mit dem sächsischen Inhalt der zweiten Anfrage. Wegen dem Landrat Schaible war das Disziplinarverfahren angehängt worden, weil in dem ihm unterstellten Bezirksamt Karlsruhe bei der Verteilung der Gefangenentaxe für für Polizeigefangene durch den Hausmeister Walmüller Inno-

5. daß bei der Bemessung der Entschädigungen weder die gewaltigen Gewinne durch Papiermarkkredite der Reichsbank, des Reiches sowie durch die Ausgabe von Notgeld und die bisher bereits gezahlten Entschädigungen, die sogenannte Lohnsicherung, berücksichtigt werden,

6. daß die Anerkennung der Ansprüche erfolgt auf dem Verwaltungswege, und daß die gesetzgebenden Körperschaften bei dieser gewaltigen Ausgabe überhaupt nicht befragt worden sind,

7. daß die durch das Abkommen zur Auszahlung gelangenden Beträge in dieser Höhe weder im Haushaltsplan für 1924 noch in dem für 1925 angefordert werden,

8. daß damit die Millionen Liquidationsgeschädigter, Vertriehener, Auslandsdeutscher und Inflationsgeschädigter, die mit Vermögensentwertungen abgeplündert worden sind, weit schlechter behandelt werden als die kapitalistischen Ruhrgehaltigen,

9. daß damit die Reichskasse so stark belastet wird, daß der Abbau der Massenbelastung gefährdet wird und gewaltige Ansprüche anderer Geschädigter hervorgerufen werden.

Singu kommt, daß den nach der Rückgabe der Weimarer-Böden an ihre früheren Besitzer von diesen freilos entlassenen Angestellten und Arbeitern bisher von den Bergwertgerichten weder das Recht auf Beschäftigung noch auf Entschädigung zugesprochen worden ist. Der Gedanke, daß aus den Begleiterscheinungen des passiven Widerstandes die kapitalistischen Bödenbesitzer unverdientliche Bereicherung, dagegen die eigentlichen Träger des Ruhrkampfes nach den schon gebrachten ungeheuren Opfern jeder Art auch noch den Verlust der Existenz und die Ablehnung jeder Entschädigung erfahren sollen, ist unerträglich.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sieht sich deshalb veranlaßt, an die Reichsregierung das Ersuchen zu richten,

1. die Ausführung der mit der Ruhrkohle-A.G. geschlossenen Vereinbarungen sofort einzustellen,
2. die Ausführung der Bekanntmachung über Ruhrschäden vom 10. Dezember 1924 vorläufig einzustellen und
3. dem Reichstage sofort eine Denkschrift über die Vergütung der Ruhrschäden vorzulegen, die sowohl eine vollständige Uebersicht über die der Ruhrindustrie seit dem 11. Januar 1923 von allen öffentlichen Stellen gewährten Kredite und Entschädigungen enthält, als auch die Materialien, die zur Begründung einer uneres Erachtens unbedingt erforderlichen gesetzlichen Regelung der Entschädigungsansprüche notwendig sind.

Wir halten diese Forderungen für unsso berechtigt, als eine gesetzliche Grundlage für eine so weitgehende Ausdehnung dieser Entschädigungsansprüche uns nicht gegeben erscheint. Wenn aus der Reichskasse durch selbständige Entscheidung der Verwaltung so gewaltige Summen zur Auszahlung angewiesen werden könnten, würde damit jedes geordnete Budgetrecht des Reichstages illusorisch werden. Deswegen sehen wir in dem Vorhaben der Regierung eine Verletzung des Budgetrechts des Reichstages.

Angeht die gespannten Finanzlage des Reiches, die zur erheblichen Einschränkung der sozialen Fürsorge geführt hat, und der Ansprüche, die die Aufwertung der öffentlichen Anleihen und der Entschädigungen der Liquidationsgläubiger an die Reichskasse stellen, waren wie auf das ernsteste vor einer Anerkennung von unberechtigten Ansprüchen der Ruhrindustrie, die das Reich mit Hunderten von Millionen Goldmark belastet. Bereits jetzt hat die Ankündigung der erheblichen Entschädigungssummen zu einer Panne in Kontantpapieren an der Börse geführt, die den Millionen unberechtigter hohe Gewinne verschafft.

Die beschränkten Mittel des Reiches dürfen nicht zur Bereicherung des Großkapitals führen, sondern müssen ausschließlich zur sozialen Fürsorge der Millionen Notleidenden, insbesondere der bedürftigen Opfer der Inflation und des Ruhrkampfes dienen.

Die beschränkten Mittel des Reiches dürfen nicht zur Bereicherung des Großkapitals führen, sondern müssen ausschließlich zur sozialen Fürsorge der Millionen Notleidenden, insbesondere der bedürftigen Opfer der Inflation und des Ruhrkampfes dienen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle. Karl Nißlas, Schuhmacher, alt 68 Jahre, Frieda Meß, alt 17 Jahre, Dienstmädchen. Salome Ansel, alt 76 Jahre, Witwe von Ludwig Ansel, Schlosser. Auguste Kirchner, alt 66 J., Witwe von Julius Kirchner, Privatmann. Katharina Seifert, alt 68 Jahre, Witwe von Wilhelm Seifert, Maler. Berla Siegel, alt 43 Jahre, Ehefrau von Heinrich Siegel, Küfer. Hilda, 2 J., Vater Karl Bauer, Schmied. Barbara Zeitvogel, alt 77 Jahre, Witwe von Anton Zeitvogel, Lokomotivführer. Stefanie Wierthaler, alt 22 Jahre. Lina Brenner, alt 30 Jahre, Ehefrau von Eugen Brenner, Metzger. Nador Schneider, Gelehrer, Chemann, alt 40 Jahre. Maria Cui, alt 54 Jahre, Ehefrau von Paul Anton Cui, Wirt.

Aus der Partei

Märkt. Soz. Partei. Nächsten Samstag abends 7 Uhr findet im „Römer“ ein Bildungsabend statt.

J. V. Troelstra demissioniert. Genosse J. V. Troelstra hat aus Gesundheitsrücksichten seine Stelle in der Redaktion des holländischen Parteiorgans „De Volk“...

Genosse Troelstra war seit vielen Jahren der anerkannte Führer der holländischen Arbeiter, der die niederländische Sozialdemokratie an allen hervorragenden Stellen sowohl im eigenen Lande...

Jugend und Sport

Fußball

SSB. Aue a. M. 1. - FC. Union 11 2:4 (2:0). Am Sonntag trafen sich obige Mannschaften auf dem Plage erigierten Vereins zum Freundschaftsspiel.

Sozialdemokratische Arbeiterjugend, 4. Kreis

Tagesordnung für die am 31. Januar und 1. Februar auf dem „Kaiserbühne“ stattfindende 1. Hauptversammlung.

Gerichtszeitung

Freiburg. Ein Eisenbahnunfall vor Gerolshausen. Am 17. Oktober, einem Reichtage, fuhr am frühen Morgen der von Müllheim kommende Vorortzug...

Kleine badische Chronik

Freiburg. Bei der Klassen- und Rechnungsprüfung beim Arbeitsamt hatte sich ein Fehler von 2000 M herausgestellt.

Freiburg. Unter dem Verdacht der Brandstiftung in der ehemaligen Gasthalle der Brauerei Wulle in Mühlacker wurden der Schäfer Gottlieb Kasenmaier...

Freiburg. Zum Direktor des hiesigen Lehrerseminars ist nach einer Meldung des „Heidelberg Tageblatts“ der bisherige Rektor der Realschule in Sindheim, Reinhard Fischer, ernannt worden.

Freiburg. Der Seismograph der Königsplatz Sternwarte registrierte gestern morgen ein Erdbeben mit einer Seherkennung von 4000 Km.

Mannheim. Die 23jährige Tochter einer hiesigen Familie hat sich durch Gift das Leben genommen.

Dierhardsbach. Dienstag vormittag war der Müller und Pflanzenerzeuger Joseph Lehmann mit seinen Söhnen an den Mühlen unter sich begrub.

Stettin. Ein Postkoffer aus Wahlberg, der in einem Dampfer aus Amerika, der mehrere Dollar enthielt, offenete und sich das Geld aneignete.

Waldshut. Dienstag abend vermalte im Albtal bei Hohenfels der 17 Jahre alte Oskar Huber von Buch bei Waldshut. Er hatte sich beim Holsfällen auf einen Felsen gestellt...

Schlaf am Rande. Auf eigenartige Weise erlitt dieser Tage ein junger Mann nicht unerhebliche Verletzungen durch einen Sturz in den Fuß.

Dieser des Massenmörders Dente. Auch ein Mitarbeiter im dem Ministerbergr Massenmörder zum Opfer gefallen. In der Bahnhofsstraße wohnt seit einigen Jahren der aus Gießen stammende Kaufmann Hermann Schmidt.

Gegen die Raubfunkenschwarzfahrer. Die Mündener Gerichte beschäftigen sich täglich mit Schwarzhörern im Raubfunk. Die Urteile lauten auf 5-10 Tage Gefängnis bzw. 50-100 Mark Geldstrafe.

Konzert- und Theaterveranstaltung in der Festhalle in Ettlingen

Es war eine wohlgeplante, glänzende Veranstaltung, die die Arbeiterjugend und Arbeiterjugend von Ettlingen und Göttingen gemeinsam in der hiesigen Festhalle am vergangenen Sonntag begingen.

Den Reigen der Vorträge eröffnete die Musikabteilung der Göttinger Naturfreunde mit einem flott gespielten Marsch.

Der Hauptpunkt des Programms bildete aber das Theaterstück „Der Vogelfänger“ von Anton Vörhl für die Bühne bearbeitet ist, erfüllte die Erwartungen aller der zahlreichen Teilnehmer.

Den Hauptpunkt des Programms bildete aber das Theaterstück „Der Vogelfänger“ von Anton Vörhl für die Bühne bearbeitet ist, erfüllte die Erwartungen aller der zahlreichen Teilnehmer.

Den Hauptpunkt des Programms bildete aber das Theaterstück „Der Vogelfänger“ von Anton Vörhl für die Bühne bearbeitet ist, erfüllte die Erwartungen aller der zahlreichen Teilnehmer.

Den Hauptpunkt des Programms bildete aber das Theaterstück „Der Vogelfänger“ von Anton Vörhl für die Bühne bearbeitet ist, erfüllte die Erwartungen aller der zahlreichen Teilnehmer.

Den Hauptpunkt des Programms bildete aber das Theaterstück „Der Vogelfänger“ von Anton Vörhl für die Bühne bearbeitet ist, erfüllte die Erwartungen aller der zahlreichen Teilnehmer.

Den Hauptpunkt des Programms bildete aber das Theaterstück „Der Vogelfänger“ von Anton Vörhl für die Bühne bearbeitet ist, erfüllte die Erwartungen aller der zahlreichen Teilnehmer.

Den Hauptpunkt des Programms bildete aber das Theaterstück „Der Vogelfänger“ von Anton Vörhl für die Bühne bearbeitet ist, erfüllte die Erwartungen aller der zahlreichen Teilnehmer.

Den Hauptpunkt des Programms bildete aber das Theaterstück „Der Vogelfänger“ von Anton Vörhl für die Bühne bearbeitet ist, erfüllte die Erwartungen aller der zahlreichen Teilnehmer.

Den Hauptpunkt des Programms bildete aber das Theaterstück „Der Vogelfänger“ von Anton Vörhl für die Bühne bearbeitet ist, erfüllte die Erwartungen aller der zahlreichen Teilnehmer.

Den Hauptpunkt des Programms bildete aber das Theaterstück „Der Vogelfänger“ von Anton Vörhl für die Bühne bearbeitet ist, erfüllte die Erwartungen aller der zahlreichen Teilnehmer.

fähiges Mehl billiger erhältlich. Weizen- und Roggenfuttermehl 17.25-17.50, Weizen- und Roggenkleie 15.50, Spezialfabrikate entsprechend teurer.

Vermischtes

Die Farbigen in Belgien

Der Arbeiterkongress des Industriegebietes von Charleroi hat eine große Erregung bemächtigt wegen eines traurigen Zwischenfalles, der sich am Samstag abspielte.

Geschlechtskranke Kinder

Endlich tracht die Heuhellei. Der Professor Dr. Buchta (Univeritäts-Kinderklinik in Berlin) sagte neulich in einer Sitzung des Berliner Vereins für Schulforschungspflege, daß die Geschlechtskrankheiten an Kindern (an Knaben wie an Mädchen) in der letzten Zeit sich von Monat zu Monat erschreckend über die deutschen Kinder ausbreiteten; es sei höchste Pflicht, nach Abhilfemaßnahmen zu suchen.

Kleine Nachrichten

Berlin. Der „Vorwärts“ meldet aus Köln, daß in dem heute verarbeiteten Briefe 7 von der Polizei ein kommunistisches Munitionsbüro festgestellt wurde.

Berlin. 2 er Kriminalpolizei ist es gelungen, den Raubmörder, der seinerzeit den 24jährigen, aus Dessau gebürtigen Monteur Erich Kammide bei Dammweg ermordet hat, in Reudorf zu verhaften.

Kassel. Kreis Gerdlingen. Auf der Chaussee von hier nach dem benachbarten Kemmerich haben jugendliche Verbrecher in Abständen von 15 Meter mehrfach hintereinander Stacheln in 50 Zentimeter Höhe vom Erdboden nur über die Straße gehoben.

Kreisheim. Auf eine Verfügung des eidgenössischen Politischen Departements hin werden die 9 marokkanischen Detachements die sich aus dem Garnisonsort Wetz bei Straßburg gelöst hatten und in Mutzen festgenommen worden sind, nach Bielefeld verbracht, wo sie vorläufig interniert werden sollen.

Aroja. Am Donnerstag unternahm 5 deutsche Studenten von Trossau eine Tour nach Aroja und kamen zu weit rechts. Sie gelangten auf die Kluppenalp, wo der Student Wilhelm Eilenberger aus Leipzig über eine hohe Felswand hinabstürzte.

Karlsruher Polizeibericht vom 29. Januar

Anfälle. Gestern nachmittags 3 Uhr wurde ein 11 Jahre alter Knabe in der Hauptstraße beim alten Bahnhof von einem Kutschknecht überfahren. Er wurde mittels Krankenautos nach dem Städtischen Krankenhaus gebracht, wo ihm das linke Bein amputiert werden mußte. Bei der Schulb. trägt, konnte noch nicht aufgeföhrt werden. — Ein 17 Jahre altes Mädchen fiel gestern vormittags beim Weggehen in der Adlerstraße aus einem Fenster des 3. Stockwerks in den Hof, wobei es leichte Verletzungen davontrug. Das Mädchen wurde mittels Krankenautos in das Städtische Krankenhaus verbracht. In vergangener Nacht gegen 2 Uhr fiel in der Wielandstraße ein 37 Jahre alter verheirateter Hilfsarbeiter in angetrunkenem Zustande die Treppe hinunter und blieb bewußtlos liegen. Er trug eine Gehirnerschütterung und mehrere Schürfwunden am Kopf davon. Bei der Bormahme von Reparaturen der Dampfheizung im Keller des Städt. Krankenhauses explodierte gestern nachmittags ein Schweißapparat. Durch die entstandene Stichflamme wurde ein 21 Jahre alter Heizungsarbeiter leicht verletzt.

In einer Maschinenfabrik wurde gestern nachmittags einer 15 Jahre alten Fabrikarbeiterin durch ein Stück Blech, das durch eine Welle ging, der Mittel- und Ringfinger der linken Hand abgetrennt. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde die Verletzte in das Städt. Krankenhaus eingeliefert. — Gestern Abend wurde ein 17 Jahre altes Mädchen, das mit einem Handwagen durch die Kaiser-Allee fuhr, von einem hinten kommenden Personentransportwagen erfasst und zur Seite geschleudert, wobei es eine Gehirnerschütterung davontrug. In bewußtlosem Zustande wurde das Mädchen in das Städt. Krankenhaus verbracht.

Lezte Nachrichten

Die Berliner Arbeiterschlacht

Zu den schweren Zusammenstößen, die sich am Dienstag Abend in Berlin zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im Anschluß an eine von 20 000 Personen besuchte sozialdemokratische Kundgebung ereigneten, wird noch berichtet:

Wie die Blätter melden, wurden bei den getrigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Mitgliedern des Reichstages Kommissar Schwarz-Mot-Gold im Anschluß an die sozialdemokratische Kundgebung im Berliner Sportplatz auf Seiten des Reichstages bisher über 20 Verletzte festgehalten, während auf Seiten der Kommunisten 5 Personen erntere Verletzungen davongetragen haben. Die Zahl der verletzten Kommunisten dürfte jedoch höher sein, da die Kommunisten ihre verbandeten Genossen überall in Sicherheit brachten, um sie der vollständigen Festnahme zu entziehen. Nach Mitteilung des Reichstages hatten die Kommunisten die Überfälle planmäßig vorbereitet.

Die gesamte Reichspresse nimmt mit schmerzhaftem Bedauern von diesen Zusammenstößen Notiz, die planmäßig von den Kommunisten vorbereitet und herbeigeföhrt worden sind. So hat beispielsweise die ganze Vorgang ist, so kann er vielleicht für Berlin eine sehr gute Wirkung haben; die oft geradezu lägliche und jämmerliche Nachgiebigkeit, die besonders die sozialdemokratische Partei in Berlin gegenüber den Kommunisten an den Tag legte, dürfte durch die kommunistischen Verbandsüberfälle am Dienstag vielleicht endlich ihr Ende erreicht haben. Unter Führung der ehemaligen Anführer, aber auch mit ihrer Unterstützung von führenden SPD-Leuten, hat man in der Berliner Arbeiterschlacht gegenüber dem kommunistischen „Kampfklub“ und Reglement eine Niederlage erlitten lassen, die schwer fähigend auf die gesamte Berliner Arbeiterschlacht eingewirkt hat. Die sentimentale Absicht, die Kommunisten seien die „Kampfbrosder von links“, gab zu dem erwähnten und in jeder Beziehung falschen Gaudeln des Schwerts. Und die Kommunisten wie die realistischen Parteien legten diese Haltung als Angst und Schwäche aus. Der Kampf gegen die Kommunisten muß überall, soll die deutsche Arbeiterschlacht nicht dauernd geschädigt und sogar auf-

schwerte bedroht werden, mit rücksichtsloser Energie aufgenommen werden; ferner sollten in keinen sozialdemokratischen öffentlichen Versammlungen Kommunisten das Wort mehr erteilt werden und überall müßten die nötigen Vorkehrungen getroffen werden, daß, wenn die Kommunisten in unseren Versammlungen sich irgendwie aufspielen wollen, sie faust oder unfaust sofort an die Luft befördert werden. Gegenüber den Kommunisten hilft nur eins: unbewegliche Entschlossenheit und — wenn es sein muß — eine kräftig zupackende Faust.

Finanz- und Statsfragen des Reichs

Berlin, 28. Jan. Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab Reichsfinanzminister von Schlieben eine eingehende Schilderung der finanziellen Lage. Er sagte im einzelnen, daß es nur durch das System der Kontingierung der Reichsausgaben in Verbindung mit der wider Erwarten günstigen Entwicklung der steuerlichen Einnahmen gelingen würde, die Finanzwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen. Gegenüber den Klagen der Wirtschaft über die starken steuerlichen Eingriffe der Finanzverwaltung wies der Minister darauf hin, daß es notwendig war, die durch entsprechende Einnahme an gebrauchten Reichsausgaben der verfloßenen neun Monate in Höhe von 1 360 Millionen für die Länder und Gemeinden mit rund 500 Millionen beteiligt, so daß ein Reichsüberschuß von rund 860 Millionen verbleibt. An außerordentlichen Einnahmen fließen dem Reiche in dieser Zeit außerdem aus der Münzprägung 325 Millionen zu, so daß das Reich über Mehreinnahmen von ungefähr 1 200 Millionen verfügt. Was die Verwendung der Zuschüsse anbelangt, so stehen diesem laienmähigen Ueberschuß teils erledigte, teils bis zum Schluß des Etatsjahres zu erledigende Verpflichtungen des Reiches gegenüber, deren Höhe den Ueberschuß noch um etwa 140 Millionen übersteigt. Als solche Verpflichtungen aus überetatmäßigen Leistungen sind insbesondere zu erwähnen die Rückkaufanleihe, die jetzt größtenteils beendet ist, weiter kleinere Verpflichtungen des Reiches gegenüber der Reichsbank, die noch von den Markführungsgattungen der Inflationzeit herrühren, weiter erhebliche Beträge an die am belgischen Gebiet beteiligten Länder anlässlich der gewaltigen französischen Währungsänderung. Der Reichsfinanzminister rechnet damit, daß nach Abwicklung aller Verpflichtungen Ueberschüsse nicht mehr vorhanden sind, mit Ausnahme eines Betrages, der auf 140 bis höchstens 200 Millionen zu beschränkt sein werde und der den Betriebsfonds der Reichshauptkasse darstelle. Vor dem Kriege hatte das Reich einen festen Betriebsfonds von 600 Millionen.

Zu den Problemen, die neuerdings die Öffentlichkeit stark beschäftigen, gehören insbesondere die Beamtenfrage und die Aufwertungsfrage. Die Beamtenfrage als wichtigste Stütze des Staates muß jederzeit dienstfähig und dienstfähig erhalten werden. Das Reichsfinanzministerium legte dem Reichstag eine Denkschrift über die Gesamtentwicklung der Beamtenbesoldung vor. Dem Reichstag wird ferner demnächst ein Entwurf des Gesetzes über die zweite Veränderung der Personalabgabenverordnung vorgelegt. Durch den Gesetzesentwurf soll die Anwendbarkeit der Abgabenregel weiter beschränkt werden. Auch in der Aufwertungsfrage wird, so erklärte der Reichsfinanzminister weiter, meine Haltung bestimmt durch die vom Reichsanwalt abgegebenen Erklärungen der Reichsregierung. Ich bin durchaus der Auffassung, daß die Aufwertungsfrage nicht allein vom fiskalischen Interesse beherrscht sein darf, sondern daß auch die Forderungen sozialer Gerechtigkeit unter Wahrung des Volkseinkommens der wirtschaftlichen Kräfte erfüllt werden müssen. Freilich muß bei der Regelung des Wohl des Volkseinkommens den Schädigungen Einzelner vorzuziehen und das Vermögensvermögen der Wirtschaft maßgebend sein. Wie sich die Reichsregierung die Lösung der Aufwertungsfrage denkt, wird aus dem dem Reichstag vorgehenden Gesetzesentwurf zu ersehen sein. Jedenfalls würde die Lösung für die Wirtschaft engpäßig sein. Andernfalls würde immer wieder Vorkommnisse in sie hineintragen und ihre Arbeit und Kreditfähigkeit beeinträchtigt. So weit die Leistungen in Verbindung mit der Aufwertung der öffentlichen

Anleihen vollzogen seien, würden in erster Linie solche Personen oder Anstalten zu berücksichtigen sein, die dem Vaterlande in der Zeit der höchsten Not ihre Ersparnisse oder Mittel zur Verfügung stellten und unter diesen Personen diejenigen, die durch die Entwertung in Not geraten sind. Ein Anspruch auf Berücksichtigung sei ferner denen auszuweisen, die unter dem Zwang der Rechtsvorschriften noch in der Zeit der Geldentwertung öffentliche Anleihen erworben. Entschieden sollte keine Stelle zum Nachteil der Verlußtträger teilnehmen, die in Spekulationsabsicht in der Spekulationsperiode mit geringen Mitteln große Anleihen kauften.

Schwer einzuwickeln sei die Wirkung des dritten Punktes, die Regelung des Finanzausgleichs auf den Etat. Nach der dritten Steuerreformordnung seien von Einkommen- und Körperschaftsteuern nicht weniger als 90 Proz. von Umsatzsteuern 20 Proz. den Ländern und Gemeinden zu überweisen.

Es sei ernstlich zu bedenken, ob hier nicht Einschränkungen notwendig ergriffen, ob nicht in dem System der Beteiligung der Länder und Gemeinden an gemeinsamen Steuern eine Änderung erwägenswert sei. Man werde die Steuerentnahmen für das kommende Jahr und für die darauffolgenden Rechnungsjahre auf rund sechs Milliarden veranschlagen können, wovon aber gegen zwei Milliarden für die Länder und Gemeinden bestimmt seien. Der Gesamtbedarf des Reiches einschließlich der Ausgaben für Reparationszwecke werde sich in Summen bewegen, die mit etwa vier Milliarden Mark 1923 beginnen und bis 1930 auf mindestens 4900 Millionen steigen würden. Das ist in Anbetracht der vorausgesetzlichen Steuereinnahmen ein außerordentlich trübes Bild. Der Haushalt für die Kriegslasten erfahre infolge des Londoner Abkommens und des Sachverständigenratschutzens eine grundlegende Umgestaltung. Der Reichsfinanzminister sagte weiter, er glaube nicht, sich darin zu täuschen, daß wir jetzt in finanzieller Hinsicht an dem Wendepunkt stehen und daß deshalb den jetzt beginnenden Beratungen eine entscheidende Bedeutung zukommt.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages brachte bei der allgemeinen Aussprache nach der Rede des Reichsfinanzministers der Abg. Müller-Frank ein sozialdemokratischer Antrag, worin verlangt wird, daß 1. die mit der Ruhrkohle-AG abgeschlossenen Vereinbarungen sofort einzustellen; 2. die Ausübung der Bekanntmachung über die Ruhrschäden vom 6. Dez. 1921 vorläufig einzustellen; 3. dem Reichstag sofort eine Denkschrift über die Vergütung der Ruhrschäden vorzulegen, die sowohl eine vollständige Uebersicht über die den Ruhrindustriellen seit dem 11. Januar 1923 von allen öffentlichen Stellen gewährten Kredite und Entschädigungen enthält, als auch Materialien, die zur Begründung der erforderlichen gesetzlichen Regelung der Entschädigungsansprüche notwendig sind. Dieser Antrag soll in aller Ausführlichkeit vor dem Haushaltsausschuß behandelt werden.

Schweres Explosionsunglück

W. B. Landstuhl, 28. Jan. Gestern ereignete sich in der Nähe von Linden ein schwerer Unfall. Die Arbeiter der Ueberlandzentrale der Pfälzwerke mußten bei Fundamentierungsarbeiten für eine Hochspannungsleitung Sprengungen vornehmen. Da die Explosion der Sprengstoffe nach längerer Zeit nicht erfolgte, wollten der Monteur Maus aus Mannheim und der Elektriker Reinhard Bohle aus Weleburg die Ursache der Verzögerung der Explosion feststellen. Als sie gerade an der Schußstelle angelangt waren, erfolgte die Explosion doch. Dem Bohle wurde der Kopf vom Stamm gerissen und der rechte Arm und der Bauch aufgeschnitten. Dem Monteur Maus wurde ebenfalls der Kopf weggerissen. Er wurde etwa 10 Meter weit geschleudert. Beide hinterlassen Frau mit vier unmündigen Kindern.

Pfannkuch Seigwaren Bruch-Makkaroni 38 Eier-Bruch-Makkaroni 48 Spaghetti 55 Eier-Nüste Eier-Hohlbacken Pfannkuch

Dixin Henkel's Seifenpulver ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung!

Billige Schuhbesohlung! Herren-Leder-Sohlen u. Fleck Mk. 4.— Damen-Leder-Sohlen u. Fleck Mk. 3.50 Gummi-Sohlen u. Absätze für Herren und Damen, ge eimt, gepresst u. genagelt Gute Qualität. Beste Ausführung. Skintl. Schuhwaren und Schuhbedarfsartikel in großer Auswahl zu bill. Preisen. N. Eisner, Kaiserstr. 23 beim „Weißen Löwen“ 5940

BERUFS-KLEIDUNG ALLER ART Herren-Anzüge Sport-Anzüge Windjacken Bogener Mäntel Preades-Hosen Feldgrüne Hosen Sonntags-Hosen Mandarinen-Hosen engl. Leber-Hosen Zwiirn-Hosen Ledersjoppen blaue Arbeitsanzüge graue Drillanzüge Gipsersanzüge Fuhrmannshülsen Rockjacken Rehgamaschen Lagermäntel Laboratoriumsmäntel Malerhüllen Gegermäntel Eisenbahnerhüllen sowie sämtliche Sorten Schuhwaren offeriert billigst Weintraub, Kronenstr. 52.

Eine erfreuliche Nachricht! Der altbewährte „Freiburger Fräuleinlaffee“ steht überall wieder in der vorzüglichen Zusammenfassung der Vorkriegszeit erhältlich! Verwendungsmöglichkeit sowohl als selbständiges, schmackhaftes und gesundes Kaffee-Getränk, wie als billiges Stredmittel für Bohnenkaffee.

Korpulenz macht alt! Fettleibigkeit wird durch die „Hegro“-Reduktionspillen beseitigt Preisgekrönt mit golden. Medaillen und Ehren diplom. kein starker Leib, keine starken Hüften, sondern jugendl. schlank, elegante Figur. Kein Heilmittel, kein Geheimmittel. Garantiert unschädlich. Aerztlich empfohlen. Keine Diät. Viele Dank-schreiben. Preis 4 Mark. Hof-Apotheke, Karlsruhe, Kaiserstr. 201

Altpapier * Alteisfen Lumpen, Kupfer, Messing, Zinn, Blei sowie sämtliche Rohprodukte samt laufend zu ändernden Tagespreisen H. Biesch, Produkte Durlach Sch. obstraße 303 Telefon 403 Händler erhalten Vorzugspreise 77

Brennholz trodrene Bäre, Buchen und Tannen, in jeder Verarbeitung, liefert ab Lager und frei Keller zu billigsten Tagespreisen, die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle Zurlacher Allee 58, Kaserne Gottesau, Telefon 6423, 4761

Plakate aller Art liefert rasch und billig Buchdruckerei Geck & Cie., Lützenstraße 24, Teleph. 128.

Pfannkuch Dörrobst Neue Californische Pfäumen 42 und 52 Neue Birnschnitzige 35 Neue Calamata-Kranzfeigen 44 Pfannkuch

